

Woher unsere Agrarkrise?

Daß sie da ist, darüber besteht kein Zweifel. Auch die Reden, die am Samstag bei der Eröffnung der großartigen „Grünen Woche“ in Berlin stimmen alle darin überein, daß die Landwirtschaft mit ihren 14 Milliarden Schulden und — was noch schlimmer ist — mit einem Zinsendienst von 1,3 Milliarden — zurzeit einfach unrentabel ist. Eine fürchterliche Klage, und sie ist um so ernster zu nehmen, als die leider nur zu sehr begründeten Klagen auf jeder Grünen Woche und bei allen großen Kundgebungen landwirtschaftlicher Organisationen sich Jahr um Jahr wiederholen und immer dringender werden.

Also: es bleibt beim Alten, ja, man hat den unheimlichen Eindruck, daß die Landwirtschaft, namentlich im Osten und Norden unseres Vaterlandes, auf einer schiefen Ebene unaufhaltsam abwärts gleitet. Der Zinsendienst nimmt zu, der Absatz sinkt und dies namentlich im Roggen (von 8,5 Millionen Tonnen 1928 haben wir für Brot nur 5 Millionen, mehr als 3 Millionen für Branntweinherstellung und Verfütterung verbraucht, so daß uns nur der lächerlich geringe Ausfuhrüberschuß von 65 000 Tonnen zugeschrieben werden konnte). Die Steuer- und Soziallasten sind unerträglich geworden. Ueber 4 Milliarden geben wir jährlich für Lebensmittel ins Ausland aus, statt deutsche Erzeugnisse zu verbrauchen. Dabei fehlt es an Betriebskapital und an Arbeitskräften. Und noch vieles andere, das wir im einzelnen hier, wegen Mangel an Raum, nicht aufzählen können.

Woher dieses nationale Unglück? Denn das ist zweifellos die Not der Landwirtschaft. Wenn auch heute nur noch ein starkes Viertel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, so bleibt doch wie vor die Grundlage unserer Wirtschaft. Ihr Wehe ist deutsches Wehe. Aber woher kommt das alles?

Vorige Woche hat darüber der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ (vom 2. Februar) einen beherzigenswerten Artikel geschrieben. Derselbe ist überschrieben: „Die deutsche Agrarkrise im Licht der Weltwirtschaft“. Die deutsche Agrarkrise, so heißt es da, sei nur ein Ausschnitt aus der Agrarkrise der Erde. Diese habe im wesentlichen vier Ursachen: 1. Eine starke Ueberproduktion. Infolge des Kriegs mit seinen Millionenheeren, die ernährt werden mußten, habe sich die Anbaufläche der Erde riesig vergrößert (allein die Weizenanbaufläche um 10 Millionen Hektar). Hand in Hand damit ging die „Intensivität“ der Wirtschaft, d. h. die Steigerung des Hektarertrags, so namentlich in Getreide, Kartoffeln, Rübenanwachsen, Obst, Süßfrüchten und der Fleischherzeugung. Weizenmehlbetrag der deutsche Kartoffelertrag 1890: 23 Mill., 1910: 43 Mill und 1927 (trotz der kleineren Anbaufläche) 37 Millionen Doppelzentner. 2. Große Fortschritte in der Technik der Konzentrierung von Nahrungsmitteln, namentlich des Fleisches (Gefrierfleisch), des Getreides, der Gemüse, Dinge, die in früheren Zeiten verderben oder verfault werden mußten, heute aber auf Jahre genießbar erhalten werden können. 3. Die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung, namentlich der europäischen, durch den Krieg verarmten Völker. Zu den rund 28 Millionen Arbeitslosen kommen etwa 12 Millionen Rentner, die ihr Leben elend durchaustriften haben. Endlich 4. Aenderung des Geschmacks in gewaltigem Ausmaß. Früher waren die Hauptnahrungsmittel Mehl und Brot (namentlich Roggenbrot). Das heutige Deutschland verkauft nur noch 67 Prozent der Menge, die in Deutschland vor dem Krieg geerntet wurde.

Und wie soll dem abgeholfen werden? Dr. Schlittenbauer schlägt vor, man sollte heute noch zum Anbau von Gemüse übergehen. Andere raten eine Umstellung auf die Viehwirtschaft. Wieder andere: mehr Qualitätsprodukte, geschmackvollere Zubereitung und Verpackung. Wieder andere: Herabsetzung des Zinsfußes, mehr Weltrotationen, Errichtung von Siedlungen usw. Man sieht: an Vorschlägen fehlt es nicht — und doch will es nicht vorwärts gehen. Und es kann auch nicht vorwärts gehen, solange in Deutschland für ausländische Nahrungsmittel Milliarden veran werden — man kann nicht anders sagen — während bei uns selbst der Weizen schwer veräußlich ist und der kostbare Roggen „soffiniert“ und dem Vieh verfüttert werden muß, weil die vermögenden Menschen ihn in ihrer Torheit verschmähen. Es kann nicht besser werden, solange von Amtswegen vor „Ueberproduktion in Schweinen“ gewarnt wird, während an den großen Schlachtmärkten im Reich Tausende von Zusatzschweinen Monat für Monat aufgefleht werden. Es kann nicht besser werden, solange die Landwirtschaft für aufgenommene Bäder 10 und mehr Prozent bezahlen muß, während die eigenen Erzeugnisse mit geringem Verdienst bei genauer Rechnung teilweise sogar unter den Herstellungspreisen losgeschlagen werden müssen. Dazu die Steuern und Abgaben, von denen der, der mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen nicht vertraut ist, sich kaum eine richtige Vorstellung macht.

Es erscheint zweckmäßig, an ein Wort Bismarcks zu erinnern, das er einmal im Reichstag gesprochen hat:

Tagespiel

Der preussische Innenminister Griesing ordnet in einem Erlass an, daß der Wahl von Anhängern der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei zu Bürgermeistern, Amts- und Gemeindevorstehern die staatliche Bestätigung in Preußen zu verweigern ist. Die Bestimmung ist allgemein „auf jede andere staatsfeindliche Organisation“ auszudehnen.

„Ich lebe in der Landwirtschaft auch heute noch die unentbehrliche Grundlage der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes. Die Industrie hat sich zwar in Deutschland mächtig entwickelt, doch die Industrie und Landwirtschaft sind aufeinander angewiesen. Landwirtschaft und Industrie gehören zusammen und dürfen sich nicht entgegenarbeiten in der Befehlsgebung.“

Erhöhung der Umsatzsteuer?

Weitere Steuerpläne — Biersteuer — Reichsweinsteuer

Aus Berlin wird gemeldet, daß die Wiedererhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 1 Prozent von der Reichsregierung erwogen werde. Die Steuer ist bekanntlich im Jahr 1926 in der Reinholdischen Finanzreform von 1 auf 0,75 Prozent gesenkt worden. Im Vorschlag für das Haushaltsjahr 1929/30 war der Ertrag der Umsatzsteuer mit 1120 Millionen Mark veranschlagt. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß der Anschlag zu hoch angenommen war. In den ersten drei Vierteljahren des laufenden Rechnungsjahrs hat die Umsatzsteuer nur rund 749 Millionen erbracht gegenüber einem Soll von 840 Millionen. Man wird daher im ganzen Rechnungsjahr mit einem tatsächlichen Aufkommen von etwa 1000 Millionen rechnen dürfen. Bei einer Erhöhung der Steuer um ein Viertel Prozent auf 1 Prozent würde sich rechnerisch für das nächste Halbjahr ein Mehrertrag von rund 335 Mill. ergeben — etwa so viel, wie der ungedeckte Fehlbetrag im Reichshaushaltsplan des nächsten Jahres ausmacht, und der, wie verlautet, schätzungsweise auf 330 bis 350 Millionen veranschlagt wird, vorausgesetzt, daß die Reichskasse nicht durch weitere Beiträge an die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch genommen wird.

Nun wird aber die Umsatzsteuer vierteljährlich nachträglich erhoben. Selbst wenn es gelingen würde, die Erhöhung der Steuer bis 1. April d. J. in Kraft zu setzen, so würden im Rechnungsjahr 1930/31 nur drei Steuerfälligkeitstage (statt vier) in Betracht kommen, der Ertrag würde also rechnerisch auf etwa 250 Millionen sinken. Würde das Inkrafttreten sich weiter verschieben, so kämen nur noch zwei Fälligkeitstermine mit einem Ertrag von etwa 170 Millionen in Frage.

An Stelle der Erhöhung der Umsatzsteuer oder zusammen mit einer solchen Erhöhung soll auch, wie der „Köln. Zeitung“ aus Berlin gemeldet wird, eine weitere Erhöhung der Verbrauchsabgaben ins Auge gefaßt sein, in erster Linie eine nochmalige Erhöhung der Biersteuer, außerdem die Wiedereinführung der Reichsweinsteuer und vielleicht eine Erhöhung der Schaumweinsteuer. Weiterhin sei zur wenigstens vorübergehenden Steigerung der Reichseinkünfte an eine Vorverlegung der Fälligkeitstermine bei der Branntwein- und Tabaksteuer gedacht, die einen natürlich nur im ersten Jahr nach Einführung entstehenden Kostenvorteil von etwa 60 Millionen ergeben soll.

Diese Pläne werden zur Zeit in den Kreisen der Koalitionsparteien besprochen. Sie haben bis jetzt, wie es scheint, noch keine greifbare Gestalt gewonnen, doch dürften sie ernst zu nehmen sein. Die „Finanzreform“ bestünde demnach ausschließlich in neuen Steuern und Steuererhöhungen. Von Steuererleichterungen spricht niemand mehr. Aber auch von Ausgabenbeschränkungen hört man nichts.

Das polnische Liquidationsabkommen

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat eine Denkschrift über das Abkommen mit Polen zugehen lassen, aus der folgendes mitgeteilt wird:

Die Freigabe der bisher zur Liquidation gestellten Güter
 Im ganzen waren etwa noch 15 000 Hektar mit log. dritten Liquidationsbeschlüssen behaftet. Die Schwierigkeit bestand darin, daß die polnischen Liquidationen nicht nur finanzieller Art waren wie die in anderen Ländern, sondern politischer Charakter hatten. Es wurde festgelegt, daß Anwesen, die am 1. September 1929 noch in der Hand ihrer deutschen Besitzer waren, erhalten bleiben.

Abrechnung über die beiderseitigen Staatsforderungen

Die Polen forderten vor allem Erstattung der Rücklagen aus der Sozialversicherung in dem abgetretenen Oberschlesien. Die deutschen Forderungen beziehen sich auf die Abstimmungskosten in Oberschlesien, Wagnis, Marientherde, die Kosten für den Transport von Belagungsstru-

pen und ähnliches. Insgesamt beliefen sich die deutschen Forderungen auf 538,2 Millionen, die polnischen auf etwa 830 Millionen Mark. Darin waren Entschädigungen für Requisitionen und Zwangsmassnahmen gegen polnische Arbeiter und Kriegsgefangenenforderungen enthalten. Beide Teile haben auf diese Privatforderungen verzichtet. In dem Geleitentwurf der Reichsregierung werden nun bestimmte Maßnahmen vorgeschlagen, die Sicherheit bieten für eine Entschädigung der deutschen Privatansprüche, und zwar für ein Verfahren auf schiedsrichterlicher Grundlage mit dem Reichswirtschaftsgericht als Revisionsinstanz. Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag bilden einen gemeinsamen Ausschuss dem die Festlegung der Richtlinien obliegt für die Entschädigung nach dem inneren Wert der Ansprüche.

Das Wiederkaufsrecht

Deutschland hat die polnischen Ansprüche auf die Geltendmachung des Wiederkaufsrechts nicht anerkannt. Bis her hat Polen in 450 Fällen von seinen Rechten als Nachfolger der preussischen Ansiedlungskommission Gebrauch gemacht. Polen hat nun künftighin auf die Geltendmachung des Wiederkaufsrechts verzichtet, außer im Fall schlechter Bewirtschaftung oder Vergehen. Die Frage der Vergehen ist dahin ausgelegt worden, daß darunter nur solche gegen den Staat, wie Fahnenflucht u. dgl., zu verstehen sind.

Durch den Abschluß des Abkommens werde erreicht, daß 50 000 Hektar deutscher Siedlung mit 12 000 Siedlerstellen und 80 000 Menschen vor Enteignung bewahrt werden. Das Abkommen sei auch als die notwendige Grundlage für die Weiterführung der Handelsvertragsverhandlungen zu betrachten.

Nach dem Urteil des Reichsjustiz- und des Reichsinnenministeriums haben die Geleitentwürfe keinen verfassungsändernden Charakter; zu ihrer Annahme sei daher keine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Der Reichstag werde die Abkommen mit Polen und die eigentlichen Youngpacten in getrennter Abstimmung zu erledigen haben. Dabei sei aber nicht zu übersehen, daß die Annahme auch der Polenabkommen eine der Voraussetzungen für die Inkraftsetzung des Youngplans ist.

Das deutsche Eigentum in Marokko

Nach einer Mitteilung der Hamburger Handelskammer ist am 30. Dezember v. J. zwischen der Reichsregierung und der französischen Regierung ein Abkommen getroffen worden, nach dem das noch nicht liquidierte deutsche Privateigentum in Marokko den deutschen Eigentümern wieder zurückerstattet werden sollte, aber unter der Bedingung, daß deutsche Eigentümer es innerhalb sechs Monaten an Personen weitergeben müssen, die der Regierung von Marokko genehmigt sind. Diese angenehmen Personen sind natürlich Franzosen. Nach Ablauf der Frist tritt die marokkanische Regierung ohne weiteres in das „Verkaufsrecht“ d. h. Enteignungsrecht für die noch nicht weitergegebenen deutschen Güter. Die Abmachung gilt nur für den Fall, daß der Neue Plan von Deutschland angenommen wird.

So sieht also das gerühmte französische „Liquidationsabkommen für Marokko“ aus. Die Hamburger Handelskammer sieht sich veranlaßt, vor einer Ueberwälzung des Abkommens zu warnen; erstens sei das deutsche Privateigentum in Marokko zum weitaus größten und wichtigsten Teil bereits liquidiert und es werden nur wenig Werte noch in Betracht kommen, sodann sei auch dieser kleine Rest der Zwangsentziehung verfallen, wenn auch eine wahrscheinlich doch nicht befriedigende Entschädigung dafür geboten werde.

Neue Nachrichten

Beruhigende Regierungserklärungen

Der Kanzler droht mit dem Rücktritt des Kabinetts
 Berlin, 4. Febr. In der gestrigen Besprechung mit den Parteiführern der Koalition über die Forderungen erklärte zunächst Außenminister Dr. Curtius, die Verhandlungen über das Saargebiet werden mit tunlichster Beschleunigung geführt. Zwischen dem Neuen Plan und den Saarverhandlungen bestehe keine Verbindung. Die Vertreter des Zentrums zogen darauf ihre Forderung, daß vor Annahme des Neuen Plans das Schicksal des Saargebiets geklärt sein müsse, zurück, und sie beschränkten sich auf die Forderung, daß man über den Stand und Fortgang der Verhandlungen Klarheit zu erhalten wünscht. Ueber das polnische Liquidationsabkommen gab Dr. Curtius eine beruhigende Erklärung ab. Die Verbindung dieses Abkommens mit dem Neuen Plan sei nur politischer Natur, nachdem der Neue Plan den Abschluß von Liquidationsverträgen zur endgültigen Vereinigung der Kriegsalien erzwungen und die Reichsregierung zugestimmt habe.

Die Reichsregierung hofft, daß nunmehr auch das polnische Abkommen von den Koalitionsparteien ohne Ausnahme angenommen werde. Das Kabinett arbeitet zurzeit

in Ausführungsgefeß aus, das Grundsätze für eine Entschädigung verlorener Privatbesitzes in Rußland enthalten und denjenigen deutschen Geschädigten, die keinen Vergleich erzielen können, die gegeben werden soll, das Reichswirtschaftsgericht anzurufen. Aber die Höhe der für die Entschädigung nötigen Gesamtsumme ist noch nicht bestimmt, doch glaubt man in Regierungskreisen, mit einer Gesamtsumme von etwa 200 Millionen Mark (deutsche Werte in Polen betragen bekanntlich etwa das Zehnfache) auskommen zu können bei jährlichen Abwicklungen von 10 bis 12 Millionen Mark. Die Durchführung der Entschädigung würde somit etwa 20 Jahre in Anspruch nehmen. — Es ist schlimm, daß das Reich, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, für das aufkommen soll, was die Polen geraubt haben.

Im Verlauf der Besprechung erklärte Reichskanzler Müller, das Kabinett sei entschlossen, zurückzutreten, falls eine Fraktion der Regierungsopposition bei der Erledigung der Regierungsvorlagen nicht mittun würde.

Einigung zwischen Staat und Kirche in Anhalt

Deffau, 4. Febr. Zwischen der evangelisch-universalen anhaltischen Landeskirche und dem anhaltischen Staat ist ein Vergleich vereinbart worden, der nach der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedarf. Danach bezahlt der Staat der Kirche rückwirkend ab 1. April 1924 eine dauernde Rente von 300 000 Mk. jährlich; der Staat zahlt ferner vom gleichen Zeitpunkt ab die Witwenrentenbeiträge für die Ruhestandsbeamten und übernimmt die Beizergung der Wittwen und Waisenen. Für alle hieraus entstehenden Rückstände vergütet der Staat 40 000 Mark. Die Rückstände des Staats an die Kirche, die 760 000 Mark betragen, werden in mehreren Raten bezahlt.

Der Fall Kutjepoff

Paris, 4. Febr. Die Moskauer Regierung hat jetzt in dem Fall des verschwundenen Generals Kutjepoff den Spieß umgedreht und den Botschafter Dowgalewski beauftragt, beim Ministerpräsidenten Tardieu sich über Verfolgung der russischen Botschaft in Paris durch „weiße“ Russen zu beschweren, die einen Anschlag gegen die Botschaft vorbereiteten. Die Botschaft und die Umgebung wurden gestern von einem Polizeiaufgebot bewacht.

Ein französischer Polizeibeamter gab an, er habe einen grauen Kraftwagen, dem unmittelbar ein roter folgte beobachtet, in dem ein Mann von einem Mann in französischer Polizeiuniform und zwei anderen Männern mit Gewalt niedergedrückt wurde. Da er geglaubt habe, es handle sich um den Transport eines Irren, habe er dem Vorgang keine weitere Beachtung geschenkt.

Niederermordung russischer Offiziere

London, 4. Febr. Reuter berichtet aus Riga: Aus Räte-rußland kommt die Nachricht, daß die G.P.U. die Massenhinrichtung aller vormaligen Marineoffiziere durchgeführt habe, das heißt aller derer, die nicht in den Räteflottendienst eingetreten und trotzdem in Rußland zurückgeblieben sind. Viele Einzelheiten sind noch nicht eingegangen, aber mehrere hundert Namen sind als unter den Opfern benannt gemeldet worden. Ihre Verwandten in Rußland haben sich an ihre Glaubensgenossen in Riga mit der Bitte gewandt, dort Gedächtnisgottesdienste abzuhalten, weil sie dies nicht auf Rätegebiet tun dürfen. Die orthodoxen Russen in Riga haben heute eine Requiemfeier veranstaltet.

Württemberg

Stuttgart, 4. Februar.

70. Geburtstag. Oberstaatsanwalt a. D. Wilhelm Böllner vollendet am 5. Februar das 70. Lebensjahr. Er war in Ulm, Ellwangen und Ravensburg als Richter und Staatsanwalt tätig, bis er 1908 zur Staatsanwaltschaft nach Stuttgart kam, wo er am 20. Juli 1915 zum Oberstaatsanwalt ernannt wurde. Während des Kriegs war er beim stellv. Generalkommando in Stuttgart tätig. Im Mai 1927 wurde er kraft Gesetzes in den Ruhestand versetzt.

Abg. Scheef legt den Fraktionsvorbehalt nieder. Oberbürgermeister Scheef (Lüdingen), der bisherige Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, hat den Vorbehalt der Fraktion niedergelegt. Dieser Entschluß dürfte im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung in Württemberg stehen.

Krankheitsstatistik. In der 4. Jahreswoche vom 19. bis 25. Januar wurden in Württemberg folgende Fälle von ae-

meingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 44 (tödlich 2), Kindbettfieber 3 (2), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie anderer Organe 14 (34), Ruhr 1 (—), Scharlach 39 (—), Typhus 1 (—), Spinale Kinderlähmung 1 (—).

Entlassungen städtischer Arbeiter. Nach einer Meldung der Südd. Arbeiterzeitung beabsichtigt das städtische Elektrizitätswerk und die städtische Gasfabrik eine größere Anzahl von Arbeitern zu entlassen. So sollen im Elektrizitätswerk 80—90 Mann, die bisher in der Kabelabteilung und bei der Abteilung Freileitung beschäftigt waren, entlassen werden. In der Gasfabrik, wo in absehbarer Zeit die neuerbaute Kokerei in Betrieb genommen wird, sollen ebenfalls 60 Mann abgebaut werden.

Aus dem fahrenden Zug gestürzt. Am Samstag abend stürzte zwischen Untertürkheim und Cannstatt ein ungefähr 40 Jahre alter Mann aus dem Zug. Er hatte sich, an die Tür gelehnt, die anscheinend nicht recht geschlossen war. Nachdem ein Fahrgast die Notbremse gezogen hatte, konnte der Zug sofort zum Stehen gebracht werden. Die herbeigeeilten Bahnbefugten trugen den Mann in den Gepäckwagen. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus Cannstatt übergeführt.

Körperverletzung mit Todesfolge. Das Schwurgericht hat den 46 J. a. Bantagelöhner Friedrich Messerschmid von Untertürkheim wegen Körperverletzung mit Todesfolge und gefährlicher Körperverletzung zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte nachts in Oberürkheim in Beirunkenheit auf der Straße eintige junge Leute angerempelt und dabei zwei dieser jungen Leute durch Messerstiche verletzt, den einen davon tödlich.



Aus dem Lande

Baihingen a. F., 4. Febr. Von der Presse. Der Verlag der „Rundschau“, bisher im Besitz der Gebr. Kalk, ist heute in den Besitz des Zeitungsverlegers A. Scharr übergegangen. Die „Rundschau“ stand im 3. Jahrgang Neben dem alleingetragenen Amtsblatt „Der Filderbote“ war für ein zweites Zeitungsunternehmen kein Verbreitungsgebiet vorhanden.

Geislingen a. N., 4. Febr. Ludwigsburg. 4. Februar. Eine Gans verursacht eine Stromstörung. Die hiesige Gemeinde war kürzlich für einige Zeit stromlos. Die Ursache war eine Gans, die eine Leitung anstog. Das Kraftwerk übermittelte der Gemeinde eine Rechnung von 31 Mark für Ankosten, die durch die Behebung dieser Störung entstanden sind. Der Gemeinderat lehnte dieses Ansinnen ab.

Uttach, 4. Febr. Eßlingen, 4. Februar. Rohe Sportausübung. Am Sonntag morgen wurde bei einem Fußballspiel einem Spieler aus Rüttingen der Fuß abgeschlagen. Er wurde sofort ins Krankenhaus verbracht.

Ellwangen, 4. Febr. Von der Ackerbauschule. Der Staatspräsident hat dem Dekonomierat Dr. Lager an der Ackerbauschule in Ellwangen für die Dauer der Pacht der Staatsdomäne mit der Amtsbezeichnung eines Landesökonomierats übertragen.

Mehingen a. N., 4. Febr. Einen guten Appetit entwickelte abends ein junger Mann in einer hiesigen Wirtschaft. Auf Grund einer Wette verzehrte er in einer halben Stunde 10 Leberwürste. In derselben Wirtschaft hat vor kurzer Zeit ein Mann aus demselben Grund 22 hartgekochte Eier und 7 Paar Saitenwürste verschlungen.

Reutlingen, 1. Febr. Verworrene Lage beim Landwirtschaftlichen Bezirksverein. Am Sonntag fand die Jahreshauptversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins statt. Nach dem Rechnungsbericht wurde die Rechnung des Landw. Bezirksvereins vom Jahr 1929 einer Prüfung unterzogen, bei der sich die Tatsache ergab, daß die Prüfung der Rechnungsführung aus der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1929 nicht möglich war, weil die Geschäfte des Bezirksvereins und diejenigen der „Einkaufs- und Abkassiergenossenschaft“ nicht in allen Teilen

streng getrennt geführt worden waren. Die Rechnungs-führung des Bezirksvereins und der Jungviehweide aus der Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1929 wurde in Ordnung gefunden. Nach längerer Aussprache stellte der Gesamt-Vorstand folgenden Antrag: In Anbetracht der verworrenen Lage, verursacht durch den Umstand, daß die Bücher des Bezirksvereins nicht restlos getrennt von denen der Bezugs- und Abkassiergenossenschaft geführt wurden, ist die Aufstellung der Bilanz und genaue Vermögensaufstellung auf 31. Dezember 1929 unmöglich. Der Geschäftsführer wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Gesamt-Vorstand auf 1. Juli 1930 eine Vermögensaufstellung vorzunehmen. Erforderlichenfalls ist vom Gesamtvorstand eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Der Antrag wurde angenommen.

Lüdingen, 4. Febr. Ehrendoktor. Generaldirektor a. D. Eugen Königeter, M. d. N., in Düsseldorf, wurde von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät seiner Heimatuniversität Lüdingen in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Wirtschaft zum Ehrendoktor promoviert. Dr. h. c. Königeter, der am 30. August 1880 in Stuttgart geboren ist, ist u. a. Vorstandsmitglied des Vngnamvereins der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Mitglied des Hauptvorstands des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Vorstandsmitglied des Reichsverbands der deutschen Industrie.

Neubulach a. Calw, 4. Febr. Ehrung. Der Gemeinderat verlieh dem Stadtschultheiß a. D. Müller das Ehrenbürgerrecht des Städtchens Neubulach unter Ueberreichung einer Ehrenurkunde. — Am Sonntag nachmittag fand die Vorstellung der Bewerber um die Stadtvorstandsstelle statt.

Horb, 4. Februar. Als Leiche gefunden. Die seit Anfang Januar vermißte Landwirtschwägerin Anna Koll von Nordstetten wurde bei Egelstal von dem in dem Bahnhofswärterhaus auf der Au wohnenden Reiser aus dem Neckar gefunden. Die Bedauernswerte litt an Schwermet.

Göppingen, 4. Februar. Ein Bubenstreich. Am letzten Samstag wurde in der Kleiststraße vor der Wohnung eines Beamten eine mit Lumpen, Kieselsteinen und vermutlich etwas Mustertepfeln gefüllte Blechdose ausgelegt und mit einer Zündschnur gegen 10 Uhr abends zur Explosion gebracht. Sach- und Personenschaden ist nicht entstanden.

Jandau, 4. Febr. Göppingen, 4. Februar. Betriebs-einschränkung. Nachdem in letzter Zeit bei der Firma Reich a. G. wieder mehrfach Entlassungen vorgenommen worden waren, wurden Gerüchte verbreitet, wonach in absehbarer Zeit der ganze Betrieb stillgelegt werde. Nach Aufklärung der Betriebsleitung sind jedoch diese Gerüchte unbegründet. Man hofft, mit dem jetzigen Bestand der Arbeiter und Angestellten die bestehende Krise überwinden zu können. Auch die Betriebsleitung der hiesigen Schulfabrik sieht sich genötigt, wenn auch nur vorläufig, eine kurze Betriebs-einschränkung vorzunehmen.

Donzdorf, 4. Febr. Geislingen, 4. Februar. Grippe. Bei der wechselvollen Witterung greifen Erkrankungen und Grippe stark um sich. Es ist fast kein Dorf bis an den Neckberg und das kalte Feld ohne Grippekranken. Die gefährlichste Art der Grippe, die Kopfrippe, hat schon Opfer gekostet. Die Ärzte sind voll auf Anspruch genommen. Hals-, Lungen-, Mittelohrentzündungen sind mitunter Folgen eines vernachlässigten Stachtpuffsens, einer zu leicht genommenen Grippe.

Ulm, 4. Febr. Erhöhung der Umlage um drei Prozent. — Gründung einer Gemeinnützigen Baugesellschaft durch die Stadt. Die gestrige Vollversammlung des Gemeinderats hatte sich mit außerordentlich wichtigen Fragen zu befassen. Zunächst war es ein Nachtrag zum Etat 1929, der jetzt einen ungedeckten Abmangel von 480 000 Mark aufweist. Es bleibt nichts anderes übrig, als eine Erhöhung der Umlage um 3 Prozent, von 15 auf 18 Prozent. Ueber den Antrag der Stadtvorwaltung entspann sich eine erregte Aussprache. Die Bürgerpartei stellte Anträge: die Stadt solle Grundbesitz verkaufen, ihre Gulshöfe verpachten und das Inventar, das auf etwa 350 000 Mark geschätzt wird, verkaufen und in die Ablösung der Wiederkaufsrechte mit denjenigen Hausbesitzern eintreten, deren Häuser damit belastet sind. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger trat diesen Anträgen entgegen. Darauf wurde beschlossen, den Gegenstand zu vertagen, da sich die Parteien zunächst noch nicht einigen konnten. — Sodann beschloß sich der Gemeinderat mit der Gründung einer Gemeinnützigen Baugesellschaft G. m. b. H., die mit einem Stammkapital von 20 000 Mark den Bau von Kleinwoh-

Die verräterische Hundertdollarnote.

Kriminalroman von Walter Krause.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

„Und soll ich Ihnen sagen, wofür Sie diese Banknoten erhalten haben?“ fuhr Pinkerton fort. „Diese und noch andere Banknoten der gleichen Sorte waren Ihr Blutlohn für den Mord, den Sie an Mister Morgan verübt haben. Den Dolch, von der Firma James Brown & Co. bezogen, gab Ihnen der Direktor de Beliers. Sie haben im ersten Stock der Villa auf den letzteren gewartet, dann haben Sie sich beide in das Schlafzimmer des alten Herrn geschlichen. Der Direktor preschte die Hand auf den Mund des unglücklichen Opfers, während Sie den tödlichen Schnitt am Hals Ihres Herrn beibrachten. Nach geschickelter Bluttat hat Ihnen der Direktor den Sündenlohn ausgezahlt. 5000 Dollar schickten Sie des anderen Tages durch die Post weg. Auch das wissen wir. Es ist uns aber auch bekannt, wo das Geld ist. Es befindet sich in Prooklan und ist im Besitze Ihrer Frau, namens Helen Hawfens. Als die ruchlose Tat vollbracht war, schlüpfen Sie sich in das Gartenhäuschen, in dem der deutsche Schiffskapitän Heinz von Moorburg, der Bräutigam der Miss Morgan, schlief, und haben den blutigen Dolch an seine Seite gelegt, um glauben zu machen, daß er der Mörder Mister Morgans —“

„Haltet ein!“ schrie Mac Hollister. „Ich will alles verstehen — habt Erbarmen — und tolt diese entsetzlichen Bilder nicht wieder auf!“

Ernst standen Pinkerton, die Konstabler und die Beamten der Bank um den Verbrecher herum, und als sich die Policemen auf einen Wink des Detektivs daran machten, Hollister zu fesseln, fragte er Pinkerton in bitten-

dem Tone, ob Dr. de Beliers wohl alles eingestanden hätte.

„Diese Frage beantworte ich Ihnen ein anderes Mal“, sagte jener kurz.

„Dieser Schurke hat mich verraten“, knirschte Hollister, „doch auch er soll seinen Lohn erhalten!“

Der Verbrecher wurde gefesselt in einen Wagen gebracht und dann ging es mit Pinkerton, dem Geschäftsführer der Bank und den Policemen nach dem Kriminalgericht, wo Hollister ein Geständnis ablegen wollte.

9.

Der Gerichtstag war angebrochen. Newyork und die ganze Umgebung befand sich in fieberhafter Aufregung. Die eine Partei war für Heinz von Moorburg und gegen Smith, die andere für Smith und gegen Heinz von Moorburg.

Überall sah man heftig gestikulierende Gruppen vor dem Gerichtsgebäude, die den sensationellen Fall lebhaft besprachen.

Anderer suchten sich den Eingang dadurch zu erzwingen, daß sie angaben, sie hätten wichtige Enthüllungen zu machen, und wieder andere ergingen sich in Wetten, wer von beiden wohl oerurteilt werden würde.

Der Andrang zum Gerichtssaal war ungeheuer. Man erkämpfte sich die Plätze und war froh, überhaupt ein Winkeln zu erobern, von dem aus man nicht etwa die beteiligten Personen sehen, sondern nur den Verlauf der Verhandlungen mit dem Gehör verfolgen konnte.

An einer langen, schwarz behangenen Tafel nahmen die Richter Platz. In der Mitte des Tisches lag auf einem roten Tuche das mit schwärzlichen Fingern und Tropfen besetzte Messer, mit dem der Mord begangen wurde.

Der Präsident erhob sich und eröffnete die Sitzung. Er gab ein überströmendes Bild über den Fall, der zur Verhandlung kommen sollte. Dann machte er die Geschworenen darauf aufmerksam, daß sie in ruhiger, leidenschaftsloser Weise das Für und Gegen prüfen und sich nicht von anscheinend wichtigen Tatsachen blenden lassen sollten.

„Denn“, so sprach er, „dieser Fall ist sehr verwickelt. Zwei Männer sitzen auf der Anklagebank, für welche die Schuld in gleicher Weise Zeugnis gibt, und beide behaupten, unschuldig zu sein. Bei dem einen spricht das Motiv der Tat klar und deutlich gegen ihn. Er ist — allerdings ohne Einwilligung des Waters — der erklärte und anerkannte Bräutigam von Miss Edith Morgan. Heinz von Moorburg ist sein Name und er ist Leutnant auf dem „Imperator“, der gegenwärtig im Hafen von Newyork vor Anker liegt. Er kam mit der Absicht in die Villa des Mister Morgan, um die Hand von dessen Tochter zu erbitten. Da ihm diese verweigert wurde, machte er dem alten Herrn Vorstellungen. Letzterer wollte von der ganzen Sache nichts wissen, wies ihn barsch ab und beging allerdings noch die taktlose und sonderbare Torheit, dem deutschen Offizier gegen eine entprechend hohe Summe das Versprechen abndigen zu wollen, auf die Hand seiner Tochter zu verzichten. Der Offizier fühlte sich in seiner Ehre verletzt. Das erforderte Rache, zumindesten aber Vergeltung. Wie rächte er sich nun? Ganz einfach dadurch, daß er seinen Dolch zog und den alten Morgan ermordete.“

Fortsetzung folgt.

nung betreiben soll. Die Gründung wurde einstimmig beschlossen.

Versuchte Brandstiftung. Vor dem Schurgericht hatte sich der vorbestrafte Alfred Reher von Salach, O.L. Göttingen, zu verantworten. Er wird beschuldigt, in der Nacht auf 4. November v. J. das ihm, seinen zwei Geschwister und der Mutter gehörige Wohngebäude in Brand gesteckt zu haben. Das Feuer hinterließ nur angebrannte Stellen im Fußboden. Außerdem wird er beschuldigt, seine Mutter und seinen Bruder mit Totschlag bedroht zu haben. Der Angeklagte ist ein arbeitscheuer Mensch und ein Epileptiker, aber, wie Med.-Rat Dr. Kaufmann bekundet, für seine Tat verantwortlich. Das Urteil lautete wegen versuchter Brandstiftung und Bedrohung auf 5 Monate Gefängnis. Die erlittene Untersuchungshaft von etwa 3 Monaten geht ab.

Diebstahl. Ein Gelegenheitsarbeiter, der sich durch große Gelbtauglichkeit verdächtig gemacht hatte, konnte eines Einbruchdiebstahls überführt werden. Von gestohlenen 900 Mark waren bereits 700 Mark verbraucht.

Wangen i. N., 4. Febr. Einweihung. Gestern vor Mittag wurde in Wangen die Einweihung der neuen Klosterkirche der Franziskaner durch Bischof Dr. Johannes Bap. pröll in feierlicher Weise vollzogen.

Vom bayerischen Allgäu. 4. Febr. Zur Hebung des Fremdenverkehrs. Der Stadtrat in Füssen hat beschlossen, daß für Sommergäste, die 5 Jahre lang jedes Jahr sich in Füssen aufhalten, vom 6. Jahr an nur noch die Hälfte der Kurtaxe gelten soll; vom 11. Jahr an soll ihnen Kurtaxe ganz erlassen werden.

Schülerzunahme in unteren Mittelschulklassen. Die Zahl der in die Eingangsstufen der höheren Lehranstalten Deutschlands eingeschulten Kinder war von 1926/27 bis 1929/30 als Folge der Kriegsgeburtenjahrgänge sehr gering. In diesen Jahren traten durchschnittlich etwa 43 000 Knaben und 22 000 Mädchen gegen 79 000 Knaben und 41 000 Mädchen im Jahr 1921 in die höheren Schulen ein. In den nächsten Schuljahren dagegen ist nach den Aufzeichnungen des Statistischen Reichsamts wieder ein weit größerer Zugang in die höheren Lehranstalten zu erwarten, da nunmehr die in den ersten Nachkriegsjahren geborenen Kinder der Grundschule entwachsen. Ostern 1930 werden etwa 1,3 Millionen Kinder das vierte Volksschuljahr beenden, gegenüber 600 000 bis 700 000 in den Vorjahren. Schätzungsweise werden Ostern 1930 im ganzen Reich etwa 83 000 Knaben und 42 000 Mädchen in die Eingangsstufen der höheren Lehranstalten eintreten, das sind rund 40 000 Knaben und 20 000 Mädchen mehr als in den Jahren 1927 bis 1929.

Ueber 8000 amtliche Schlichtungsverfahren. Nach einer im Reichsarbeitsblatt loben veröffentlichten Statistik der Schlichtungsbehörden erledigten im Jahr 1928 die Schlichtungsausschüsse 7548 Schlichtungsverfahren, die ständigen und die vom Reichsarbeitsminister bestellten besonderen Schlichter dagegen 489 Schlichtungsverfahren. Es wurden somit 8037 amtliche Schlichtungsverfahren erledigt; 8 Anträge wurden zurückgezogen oder zurückgewiesen. Von den 7548 Schlichtungsverfahren der Ausschüsse kamen 5780 vor die Schlichtungskammer. Von ihnen wurden 786 durch Schiedspruch und 629 auf andere Weise geregelt. Von beiden Seiten angenommen wurden 1630 Schiedsprüche; abgelehnt wurden im ganzen 2539, und zwar 1691 von den Arbeitgebern, 582 von den Arbeitnehmern und 263 von beiden Seiten.

Württembergische und badische Erklaven. Die Vereinigung von Württemberg und Baden würde auch die Lösung der Frage von Erklaven, der Gebietsauschlüsse, und Enklaven, der Gebietseinschlüsse, beider Länder mit sich bringen. Württemberg hat in Baden Erklaven: das Pfarrdorf Deubach mit dem Hofgut Saitheim, O.L. Mergentheim, mit 213 Einwohnern und 621,83 Hektar Fläche, die ehemalige Feste, jetzt Weiler Hohentwiel mit 115,74 Hektar und 267,54 Hektar. Hohentwiel und Bruderhof gehören zu Tuttlingen und sind Staatsdomänen. Dann den Weiler Bommel, Gemeinde Bernselden, O.L. Mergentheim, mit 36 Einwohnern und 101,92 Hektar Fläche. Die badischen Gebietseinschlüsse in Württemberg sind bedeutend größer, sowohl dem Flächeninhalt als der Einwohnerzahl nach. Es sind dies Adelsreute mit Lepenhardt im Ueberlinger Amt mit 170 Einwohnern und 523,66 Hektar Fläche und Schluchtern, Eppinger Amt, mit 1060 Einwohnern und 663,54 Hektar Fläche. Außerdem sind in gemeinschaftlichem Besitz der beiden Länder die sechs Höfe zu Berbronn mit einem Gesamtflächeninhalt von 179,51 Hektar. Davon gehören vier Höfe zu der badischen Stadt Mosbach mit 44 Einwohnern und 87,83 Hektar. Die übrigen zwei Höfe mit 15 Personen und 91,68 Hektar sind württembergisch und gehören zu Höchstberg im Oberamt Redersulm. Bäche und Wege sind gemeinschaftliches Gebiet. Der gegenseitige Austausch von Erklaven und Enklaven soll aber erst seine Lösung finden mit der Regelung zwischen Reich und Ländern.

Was arbeitet der Landwirt im Februar? Vor allem wird an den Obstbäumen ausgelichtet. Die Wasserlösse werden weggeschnitten, junger Baumsatz wird mit der Baumbürste an den Stämmen gereinigt, ältere Bäume werden mit dem Kraker von deren Schorfe befreit. Unter der Borke oder dem Schorf sind die Insekten. Deshalb ist es ratsam, den Abfall zu verbrennen, nicht auf die Wälder zu werfen, denn da bleiben die Schädlinge am Leben. Misteln sind herunterzuschneiden. Am junge Bäume sind Schutzgitter gegen Wildschaden anzubringen. Gräben und Dolen müssen offen gehalten werden. Das Gartenland ist umzugraben und mit Stallmist zu düngen. In den Johannis- und Stachelbeersträuchern sind dürre Ruten auszuschneiden

und Bichtungsschnitte vorzunehmen. An windstillen Tagen sind Obstbäume und Beerensträucher mit Karbolium zu besprühen. Auf Kleeefeldern und Brackäckern sind Steine aufzulassen, Ackerhecken zurückzuschneiden, doch hüte man sich vor dem Niederbrennen der Hecken im Interesse der Insektenvertilger, der Vögel. Maulwurfsbauten sind zu zerstören, Ameisenhaufen durch Feststampfen zu vertilgen. Die Komposthaufen sollen umgearbeitet und mit Abort und Gülle verfeuert werden. Bei milder Witterung sind die Brackfelder für die Sommerfaat vorzubereiten. Das Wasser ist abzuleiten. Bei hartem Schneefall sind die Bäume zu schütteln. Im Keller muß nach den Mostfässern gesehen und Saatkartoffeln sollten gegen Monatsende ausgelesen und abgefondert werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Gasvergiftung. Der Professor der iranischen und armenischen Philologie an der Berliner Universität, Dr. Josef Marquart, wurde in seiner Wohnung, durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Es scheint ein Unfall vorzuliegen.

Schiffzusammenstoß. Im Nordostseeanal brach plötzlich der über 5000 Tonnen große deutsche Erzdamper „Emsland“ plötzlich aus dem Kurs, wahrscheinlich infolge Verlangens des Ruders, und rammte mit voller Gewalt den dänische Dampfer „Hans Raerst“. Der dänische Dampfer erhielt an der linken Seite ein gewaltiges Loch von ungefähr sechs Meter im Geviert. Das Wasser drang mit voller Gewalt ein, und das Schiff schwamm auf seiner Holzladung. Der dänische Dampfer wird nach vorübergehender Dichtung nach Hamburg ins Dock gebracht. Der deutsche Dampfer legte mit gebrochenem Steven die Fahrt fort.

Stürme auf dem südlichen Mittelmeer. Im ganzen südlichen Mittelmeer herrschen seit zwei Tagen schwere Stürme. Aus Neapel wird gemeldet, daß ein Fischkutter mit fünf Mann Besatzung vermißt wird. Ein aus Albanien kommendes Schiff lief auf einen Felsen auf und sank. Zwei Mann der Besatzung sind ertrunken.

Der Schönheitswettbewerb. Für den Internationalen Schönheitswettbewerb sollte im Olympia-Theater in Athen die „Miß Hellas“ (Fräulein Griechenland) ausgelost werden. Weder die „Miß Athen“ noch die andern aus dem ganzen Land anwesenden Schönheitsköniginnen entsprachen den Wünschen des Ausschusses, dieser suchte vielmehr ein zufällig anwesendes 18jähriges Mädchen aus und bestimmte sie als „Miß Hellas“. Die Wahl erregte jedoch das Mißfallen der Anhänger der anderen Bewerberinnen, und die Polizei mußte eingreifen, um eine Prügelei zu verhindern.

Das gefährliche Neuyorker Klima. Aus Neuyork wird berichtet, daß die alten Kunstwerke, die Rockefeller vor zwanzig Jahren in Europa für die Städtische Kunstsammlung von Neuyork aufkaufte, in diesem kurzen Zeitraum mehr gelitten haben als während der sechs Jahrhunderte vorher in Europa. Das Neuyorker Klima und seine Bakterien sollen an der Beschädigung schuld sein.

Flugunfall Lindberghs. Bei Flügen, die Lindbergh und andere amerikanische Flieger auf den Tehachapibergen (Kalifornien) unternahmen, um den Weltrekord im Segelflug, der von Deutschland gehalten wird, zu brechen, löste sich die Verbindungsfläche an der rechten Tragfläche von Lindberghs Flugzeug. Lindbergh brachte sein Flugzeug im Gleitflug jedoch glücklich zur Erde.

Drei Scheuern und drei Mühlen abgebrannt. In Wollersdorf bei Plattling (Oberbayern) brach in dem gefüllten Getreidefadel des Brauereibesizers Meindl ein Brand aus, der dieses und ein benachbartes Gebäude völlig zerstörte. Während die Feuerwehren noch mit dem Löschen beschäftigt waren, schlugen aus dem etwa 100 Meter entfernten Stadel des Großbauern Schöner die Flammen; dessen ganzes Anwesen ist niedergebrannt. Und es fand nicht lange an, als auch von drei, eine halbe Stunde von Plattling entfernten großen Getreidemähen, die aus Holz gebaut waren, Feuer gemeldet wurden. Alle drei Mähen wurden bis zum Grund zerstört. Brandstiftung ist fast mit Sicherheit anzunehmen.

In Passau ist die Löwenbrauerei Stockbauer abgebrannt.

Das Eigentum der Habsburger. Der frühere Erzherzog Max, Bruder des verstorbenen letzten Kaisers Karl, der seit dem Umsturz in der Nähe von München wohnt, ist vor einigen Tagen mit Bewilligung des Bundeskanzleramts in Privatangelegenheiten in Wien eingetroffen. Angeblich will er versuchen, das in Oesterreich und den Nachfolgestaaten beschlagnahmte Privatvermögen der Habsburger freizubekommen. Es besteht aus dem Familienfonds, dem Kronfideikommiß, den kaiserlichen Sammlungen, dem Kaiserlichen Fideikommiß, der Fideikommißbibliothek und teilweise auch der Hofbibliothek. Auch bei der haager Konferenz wurde darüber verhandelt. Die Stellung der österreichischen Regierung zu dieser Frage ist ungeklärt. Die Nachfolgestaaten mit Oesterreich, außer Ungarn und Italien, haben alles beschlagnahmt. Davon ist nur Erzherzog Stefan, der Sohn des Erzherzogs Friedrich, ausgenommen. Erzherzog Stefan ist polnischer Staatsbürger geworden und hat dadurch sein Gut Sanbush fast vollständig zurückerhalten. In Ungarn ist alles habsburgische Vermögen frei. In Italien hat die Toskana-Linie ihr Vermögen zurückerhalten. Kaiser Karls Villa d'Este und das Gut Cattajo wurde beschlagnahmt. Schloß Miramar ist zum italienischen Staatseigentum erklärt worden.

Mord und Selbstmord eines Geisteskranken. In Kirchenlamy (Oberfranken) erschloß der 29jährige geisteskrante Sohn des Pfarrers Günther den 36 Jahre alten Arzt Dr. Klaus, als dieser ihm einen Krankenbesuch machte, mit einem Infanteriegewehr. Günther schloß sich nach der Tat ein und steckte das Zimmer in Brand. Die Feuerwehr löschte den Brand, bevor er größeren Schaden angerichtet hatte. Nach der Brandlegung brachte sich Günther mit dem Gewehr einen tödlichen Schuß bei. Günther war früher als Rekrut bei der Deutschen Reichsbahn tätig, war aber krankheitsshalber beurlaubt worden. Er war von Nürnberg, wo er sich auf seinen Geisteszustand unterziehen ließ, in die Kreisheilanstalt nach Bagreuth verwiesen worden. Hier bezeugte man sich als unzufriedig, da sich Günther von einer mittelfränkischen Anstalt untersuchen lassen müsse. Wieder zu Hause angelangt, beging der Unglückliche dann die unglückliche Tat.

Fünf Kinder entführt. In Hohenbödendstedt (Kreis Salzwehel, Prov. Sachsen) sind die fünf Kinder des Hofbesizers Romaschka entführt worden. In seiner Abwesenheit fuhr ein unbekannter Mann vor und nahm die Kinder mit, nachdem sie sie beim Drisoportier unter der Anaabe abgemeldet hatten, daß die Mutter der Kinder ihnen



Büdo Fritz ist ein Genie
Auf dem Gebiete der Chemie,
Die Welt ist dankbar ihm verbunden
„büdogewicht“) hat er erfunden!

„büdogewicht“, ein neuer Ausdruck für besonders schön glänzende, mit **Büdo** geputzte Schuhe. Gehen Sie auch „büdogewicht“!

den Auftrag zur Abholung erteilt habe. Frau Romaschka wurde im vergangenen Jahr wegen Brandstiftung zu einer Zuchthausstrafe verurteilt, entzog sich aber der Strafverbüchung durch die Flucht. Es wird vermutet, daß Frau Romaschka die Urheberin der Kinderentführung ist.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Wittmoß, 5. Februar:

8.45: Morgengymnastik. 10.00: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichten. 12.00: Promenadenkonzert. 12.30: Neuerer Zeitlichen. 13.00: Schallplattenkonzert. 13.30: Wetterbericht. Nachrichten. Schallplattenkonzert. 15.15: Kinderstunde. 16.00: Nachmittagskonzert. 17.45: Zeitangabe. Wetterbericht. Landwirtschaftsnachrichten. 18.00: Vortrag: Aus der Werkstatt des Luftbilders. 18.30: Vortrag: Malhilfe Werke. Der Freund der Gesungenen. 19.00: Zeitangabe. 19.30: Vortrag: Bei den Salmos. 19.30: Klavierkonzert. 20.00: Orchesterkonzert. 21.45: Kunst-Rubrik. 22.30: Nachrichten. 22.45: Schlußstunde.

Handel und Verkehr

Reichsbahn und Kraftwagen

Verkehrsentwicklung — Kampfstärke

Die Reichsbahn behandelt in einer Denkschrift die Auswirkungen des Kraftwagenverkehrs auf die Geldverhältnisse der Reichsbahn. Die Reichsbahn errechnet für den Personen- und Güterverkehr einen Gesamtausfall im Jahr 1929 von netto 410 Millionen, der sich in den kommenden Jahren voraussichtlich erheblich steigern werde. Demgegenüber trage die Reichsbahn zur Zeit über ihre unmittelbaren Betriebsausgaben und über die für Abschreibungen aufzuwendenden Beträge hinaus eine Belastung von jährlich über 1400 Millionen Mark. Die entsprechende Belastung der deutschen Landesbahnen im Jahr 1913 werde damit zur Zeit um ungefähr 570 Millionen überbieten.

Die Möglichkeit, mit Hilfe des Kraftwagens den Verkehr zu rationalisieren, habe ihre Grenzen. In großem Ausmaß werde der Kraftwagenverkehr heute auf Kosten der Allgemeinheit verbilligt, indem ihm die Straßen auf öffentliche Kosten hergerichtet und zur Verfügung gestellt werden. Allein an den Straßenkosten mache die Begünstigung zur Zeit jährlich fast 500 Millionen aus. An der Aufbringung der öffentlichen Lasten sei der Reichsbahnverkehr zur Zeit mit rund 28 vom Hundert, der Kraftwagenverkehr mit höchstens 3 v. H. belastet. Es sei zu fordern, daß beide Verkehrsrarten hinsichtlich der Selbstkosten und der Aufbringung der öffentlichen Lasten einander angeglichen werden.

Die Denkschrift untersucht dann die Möglichkeiten einer volkswirtschaftlich gefundenen Verkehrsentwicklung. Den Verkehr der Privatpersonenwagen erkennt die Reichsbahn als eine im Vergleich zur Schienenbeförderung individuellere Verkehrsbedingung an, die sie nicht befürworten will. Der Kraftomnibusverkehr sei aber nicht als eine Verkehrsart für sich, sondern als ein Teil des gesamten großen, öffentlich und gewerksmäßig bedienten Ueberlandverkehrs anzusehen. Die bisherige Entwicklung habe zu einer erheblichen Zersplitterung im Kraftwagenverkehr und zu einem schädlichen Wettbewerb gegen die Eisenbahnen geführt. Der Kraftomnibusverkehr müsse daher im Interesse der Allgemeinheit in der Hand des Reichs vereinheitlicht werden.

Die Wirkungen der Kraftwagenverwendung im rein betrieblichen Verkehr machen für die Reichsbahn die Frage einer stärkeren Betätigung im öffentlichen Kraftverkehr immer dringlicher. Die Kampfstärke seien die einzige Maßnahme, die der Reichsbahn zur Zeit für eine wirksame Abwehr gegenüber dem ungeordneten Kraftwagenwettbewerb zur Verfügung stehe. Abfertigungs-, Beförderungs- und betriebsdienstliche Maßnahmen für sich allein würden einem auf Preisunterbietung beruhenden Wettbewerb gegenüber nicht zum Ziel führen.

Am Schluß fordert die Denkschrift eine Verschärfung der Konzessionsabfertigung. Jede Kraftwagenleistung, die für Dritte gegen ein Entgelt irgendwelcher Art im weiteren Ueberlandverkehr ausgeführt wird, müsse einer Konzessionsabfertigung unterworfen werden. Auch dürfe kein solcher Kraftwagenverkehr im Wettbewerb zur Schiene zugelassen werden, der die Güllertarife der Reichsbahn an den Ueberwegstrahlen unterbietet. Der Kraftwagenverkehr der Unternehmungen für Zwecke ihres eigenen Betriebs einschließlich des Abfahrens bei der Rundfahrt würde von der Befreiung unberührt bleiben können, vorausgesetzt, daß er hinsichtlich der Selbstkosten und der Beteiligung an den öffentlichen Lasten dem Schienenweg gleichgestellt werde.

Aufhebung der Rentenbankinszen?

Dem „Berliner Börsenkurier“ zufolge soll das Rentenbankgesetz derart geändert werden, daß die Grundschuldzinsbelastung der Landwirtschaft aufgehoben wird. Das Kapital der Rentenbankkreditanstalt soll auf 500 Millionen erhöht und der Termin der Tilgung der Rentenmark von 1934 bis etwa 1940 hinausgeschoben werden. Das Gesetz soll mit dem 1. April in Kraft treten.

Wetter

Die westliche Depression hat an Einfluss gewonnen so daß für Donnerstag und Freitag mehrfach bedecktes und h h zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Die Leipziger Welt-Messe

und deren enorme Vorteile für Erfinder, Fabrikanten und Neuentwickler. Vortrag hierüber nicht Donnerstag, den 6. Februar im Hotel Ibis, Stuttgart. Schellwagstr. 5. Eintritt für Damen und Herren frei. Prospekt Nr. 43 kostenlos.

Deutscher Erfinders-Schutzverband E. V. München 9, Falkenstr. 15 a.

Weshalb 10 u. 12% Zins zahlen, wenn es jährlich mit 4 u. 3% zuzug geht.

Günstige Amortisationsgelder für Neubauten, Kauf und Ablösung.

Endlich heraus aus dem Geld- und Zinswucher!

Näheres mündlich oder gegen 10 Pf. Rückporto durch

Reichsbund für Siedlung

Landesverbandesstelle Stuttgart, Schloßstraße 31, III.

Tab nista
Nr. 8 Magen- u. Darmleiden
Nr. 9 für Gicht, Rheuma, Reußen, Adernverkalkung, Ischias, offene Beine, Kopfschmerzen, Energielosigkeit, Blutrührung
Nr. 10 für Zuckerkrankheit
Nr. 11 für Nierenleiden
Nr. 12 für Lungenleiden
Nr. 13 für Steinleiden, Gallensteine
Nr. 14 für Nervenleiden
Nr. 15 für Stuhlregulierung
(Inhaltungsangabe auf jeder Packung.)
In dieser Anzeige läßt sich wenig sagen, deshalb verlangen Sie kostenlos unsere illustrierte Broschüre in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern.
Kein Tee zum Kochen!
Georg Rich. PFLUG & CO., Gera (Thür.)



Die Zinsverbilligung für Original-Saatgut

Für den Bezug von anerkanntem Originalsaatgut (nicht für Abfaat und sonstiges Saatgut) zur Frühjahrbestellung, und zwar für Getreide, Mais und Hülsenfrüchte, sind vom Reich beschränkte Mittel zur Zinsverbilligung für Landwirte zur Verfügung gestellt worden. Die Verbilligung besteht in einer Senkung des Zinsfußes für Diskontkredite auf die Dauer von zweimal 3 gleich 6 Monaten. Sie erfolgt, soweit genossenschaftlicher Abkauf in Frage kommt, durch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse für die Diskontkredite, die diese Kasse im üblichen Geschäftsverkehr mit den ihr angeschlossenen Genossenschaften gewährt. Soweit Abkauf durch die Originalsaatzüchter im freien Handel in Frage kommt, tritt die Reichskreditgesellschaft ein für die Diskontkredite, die diese für von Seiten der Privatbanken usw. gewährt werden. Die letzteren Geldinstitute haben dabei die Möglichkeit, die mit ihrem Giro verlehnten Wechsel bei der Reichskreditgesellschaft zu rediskontieren. Die Zentralgenossenschaftskasse und die Reichskreditanstalt rechnen die von ihnen heringekommenen Wechsel zu einem Zinsfuß ab, der um ein Ausmaß bis zu 6 v. H. verbilligt wird, soweit hierdurch der Zinsfuß nicht unter 1 v. H. jährlich sinkt.

Klein- u. G. Zoepflich gegründet

In das Handelsregister beim Amtsgericht Heidenheim a. Br. wurde am 1. Februar 1930 u. a. eingetragen: Die Firma Wolldeckenfabrik Zoepflich u. G. in Mergelfelden, Vertrag vom 20. Januar 1930. Gegenstand des Unternehmens ist der Fortbetrieb der bisher unter der Firma Gebr. Zoepflich betriebenen Wolldeckenfabrik. Das Grundkapital beträgt 100 000 RM. Bestellt sind als Vorstandsmitglieder: Heinrich Berg, Konful in Degerloch, und Karl Boeckel, Rot-Bratt in Stuttgart, als stellv. Vorstandsmitglied: Adolf Behringer, Kaufmann in Heidenheim a. Br. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 100 auf den Inhaber lautende Stammaktien von je 1000 RM. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zu 110 Proz. des Nennbetrags. Die Gründer, welche sämtliche Aktien übernommen haben, sind: Hellmut Zoepflich, Kaufmann in Mergelfelden, 2 Hans Henninger, Bankprokurist, 3 Theodor Seeger, Bankprokurist, 4 Karl Nädle, Bankbevollmächtigter, 5 Otto Rommel, Bankbevollmächtigter, 6 Jiffer 2-5 in Stuttgart. Mitglied des ersten Aufsichtsrats sind: 1. Rechtsanwält Dr. jur. Friedrich Lechner in Stuttgart, 2. Oeffentl. Notar Häftele in Stuttgart, 3. Karl Rojer, Direktor der Württ. Notendbank in Stuttgart.

Berliner Dollarkurs, 4. Febr. 4,184 G., 4,192 B.
Dt. Wbl.-Wkl. 52,60.
Dt. Wbl.-Wkl. ohne Ausl. 8,25
Berliner Geldmarkt, 4. Febr. Tagesgeld 7,5-9,5 v. H., Monatsgeld 7,25-8,5 v. H.
Privatdiskont: 6 v. H., kurz und lang.
Diskontermäßigung der Reichsbank? Der Hauptausschuss der Reichsbank ist am Dienstag nachmittag 5 Uhr zusammengetreten. Zur Beratung standen die Änderungen des Reichsbankgesetzes, die Abfindung der Anteilseigner und die Änderung der Gewinnverteilung. Man erwartet auch, daß über eine weitere Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 6 v. H. Beschluß gefaßt werde. Die Hauptversammlung, die endgültig beschließen wird, findet am 14. Februar statt.

Die vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienmehrzahl (1924 bis 1928 = 100) stellt sich für die Woche vom 27. Januar bis 1. Februar 1930 auf 122 gegenüber 122,3 der Vorwoche, was zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 121,8 (121,2), Gruppe verarbeitende Industrie auf 109,9 (110,7) und Gruppe Handel und Verkehr auf 140,9 (141,1)

1650 Millionen RM. Lebensmittel eingeführt. Nach der Statistik über die deutsche Lebensmittelinfuhr im Jahr 1929 sind an rein landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Deutschland eingeführt worden: Weizen 31 318 923 Dz. im Wert von 446 307 000 RM., Roggen 1 444 665 Dz. im Wert von 27 483 000 RM., Gerste 17 647 717 Dz. im Wert von 302 612 000 RM., Hafer 1 108 994 Doppelzentner im Wert von 19 195 000 RM., Weizenmehl 303 987 Doppelzentner im Wert von 10 078 000 RM., Roggenmehl 647 Dz. im Wert von 22 000 RM., Butter 1 343 672 Dz. im Wert von 457 750 000 RM., Eier 1 680 669 Dz. (oder rund 3 Milliarden Stück) im Wert von 208 118 000 RM., Käse 604 833 Dz. im Wert

von 106 276 000 RM. Das sind Mischenergebnisse, nicht nur für die deutsche Landwirtschaft, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. Unserer Landwirtschaft kann wirksam nur geholfen werden, wenn wir deutsche Erzeugnisse kaufen, die in nichts der ausländischen Ware nachstehen.

Geen die „Gefahrengemeinschaft“ der Versicherungen. Von gewerkschaftlicher Seite wird der Plan des Reichsfinanzministers Rodenhauer, die Rücklagen der verschiedenen öffentlichen Versicherungsweige zur Stützung der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, entschieden abgelehnt.

Vereins-Chronik.

General-Versammlung des Musikvereins. Auf Samstagabend hatte der Musikverein Wildbad zu seiner Generalversammlung in den „Wildbader Hof“ eingeladen. Während die Aktiven vollzählig an der Versammlung teilnahmen, zeigten die passiven Mitglieder nur wenig Interesse, was umso bedauerlicher ist, als die Kapelle gegenwärtig auf einer sehr hohen Stufe steht. Die Passiven sollen nicht nur zahlende, sondern auch fördernde Mitglieder des Vereins sein, damit die Ausübenden die Liebe zur Musik, die lediglich den Zuhörern zu gute kommt, nicht verlieren. Also Ihr Passiven, zeigt künftig mehr Interesse. Die Generalversammlung wurde von Herrn Fritz Rothfuß eröffnet, der anschließend an die Begrüßung den Geschäftsbericht des abgelaufenen Vereinsjahres erstattete. Nach demselben wurden 4 Frühjahrs- und 2 Herbstkonzerte auf dem Kurplatz abgehalten. Ferner wurden den Patienten der Versorgungskuranstalt 2 Konzerte gegeben, 2 Gartenkonzerte veranstaltet und zwei Musikfeste besucht, in denen die Kapelle wertvolle Preise errang. Neben der Mitwirkung bei Vereinsveranstaltungen, Choralblasen an 18 Sonntagen, am heil. Abend, in der Silvesternacht und Mitwirkung am Totensonntag, sowie bei 4 Mitgliederbeerdigungen, Ständchen usw., wurden 126 Proben abgehalten. Mit dem herzlichsten Dank an den Dirigenten, sowie an die Kapelle gab der Versammlungsleiter seinem Wunsche Ausdruck, die Mitglieder mögen auch im neuen Vereinsjahr dem Verein die Treue halten. — Den Kassenbericht erstattete R. Euchenhan, der ein sehr erfreuliches Bild bot; beträgt doch der Kassenstand 413 Mark. Der Vorsitzende und Verwaltungsratsmitglied R. Großmann sprach dem Kassier die Anerkennung und den Dank namens der Versammlung für die musterghltige Kassenführung aus, während der Kassier der mit dem Einzug der Mitgliedsbeiträge beauftragten Frau Drechsler für ihre eifrige Mitarbeit seinen persönlichen Dank sagte, was die Versammlung mit Genugtuung erfüllte. Bevor zu Punkt Neuwahlen geschritten wird, gibt Kassier Euchenhan bekannt, daß ihm von Mitgliedseite Bedenken geäußert wurden, der Musikverein sei politisch eingestellt. Die Versammlung weist einmütig diesen Vorwurf zurück und ermächtigt den Verwaltungsrat zu der Erklärung, daß der Musikverein vollkommen neutral sei. Vor der Wahlhandlung wird vom Verhandlungsleiter ein Antrag des Verwaltungsrats bekanntgegeben, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Vorstandschafft entgegen der Satzungen, auf zwei Jahre zu wählen, um einer alljährlichen Aenderung in der Vorstandschafft vorzubeugen. Die Abstimmung ergibt eine Befassung der bisherigen Bestimmung. Alsdann wird zu den Neuwahlen geschritten. Für den zurückgetretenen 1. Vorsitzenden wird Th. Gaf, als 2. Vorsitzender Fritz Rothfuß, als Kassier R. Euchenhan, als Schriftführer Wilh. Schlüter gewählt. Weiter werden von den passiven Mitgliedern die Herren R. Großmann, Wilh.

Maier, Wilh. Rothfuß, von den aktiven die Herren Heintz, Strner, (als Chorführer), Wilh. Großmann und Willy Drechsler in den Verwaltungsrat berufen. Möge die neue Vorstandschafft zum Wohle und Gedeihen des Vereins zusammenarbeiten, umso mehr, als der Musikverein im Laufe dieses Sommers zwei große Musikfeste besuchen und sich aktiv daran beteiligen wird. — In der Aussprache wird verschiedenerseits die Beteiligung am VII. Verbands-Musikfest des süddeutschen Musikerverbands, das am 28., 29. und 30. Juni in Pforzheim stattfinden wird und von ca. 8 000 Musikern besucht werden soll, gutgeheißen. — Des weiteren will der Verein das internationale Musikfest in St. Gallen besuchen. Ein Vorschlag aus der Versammlung, eine Bergnütungsreise damit zu verbinden, wird von den Aktiven abgelehnt mit dem Hinweis, daß der Musikverein nur den einen Zweck verfolge, den Namen Wildbad hinauszutragen, um damit den Ruf unserer Bäderstadt im Ausland zu festigen. Dirigent Eitel erklärt, mit seiner Kapelle, die 3. St. 23 Mitglieder zählt, die gewaltigen Anforderungen, die die beiden Musikfeste an die Aktiven stellen, zu erfüllen und ein ehrenvolles Abschneiden garantieren zu können und fordert seine Musiker zu pflichttreuer Arbeiter auf. Der 2. Vorsitzende ermahnt hierauf die Versammelten, dem Verein auch weiterhin treu zur Seite zu stehen und schloß die Generalversammlung zu vorgerückter Stunde. — Einige Musikstücke der Kapelle bildeten den würdigen Abschluß. Möge der Verein auch weiterhin wachsen, blühen und gedeihen!

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einwendungen übernimmt die Redaktion nur die vreegehliche Verantwortung.
Daß wir in Wildbad auf dem Höchsten angelangt sind, darüber herrscht ja kein Zweifel mehr. Aber so wie wir in dem letzten Gemeinderatsbericht gelesen haben, ist die Krone des Höchsten vollends aufgesetzt worden. Indem schon seit langer Zeit der Streit war, wie weit weg man das neue Rotwohnhaus bauen will. Vorschläge waren sogar auf den Christophshof und Mäterhof gefallen. Jetzt hat sich aber das Blatt auf einmal gewendet; jetzt muß das sogenannte Rotwohnhaus (früher Armenhaus genannt), mitten ins Zentrum der Stadt, umgeben von den ersten Hotels, verlegt werden, 1. weil ein Gemeinderat sich für seine Straße verwehrt hat und 2. weil einem Mieter in einem Stadthaus der Wilhelmstraße schon seit langer Zeit drei Haushaltungen in diesem Hause nicht mehr sympathisch sind. Wir Straubenberger wehren uns mit Händen und Füßen dagegen, daß man das, was andere nicht wollen, einfach in die Straubenbergstraße hinein verlegt. Mehrere Straubenberger.

Eine Bereicherung des Wörterbuchs

hat der Fortschritt mit sich gebracht. Für besonders schön glänzende, gut gepflegte Schuhe ist jetzt ein neuer Ausdruck im Volksmund: — „Büdogewicht!“
„Büdogewicht!“ sagt alles! — „Büdogewicht!“ sagt, daß der Schuh strahlenden Hochglanz hat, daß selbst ältere Schuhe „büdogewicht“ wie neu erscheinen, kurz — daß der Schuh richtig gepflegt wurde. Ein mit „Büdo“ gepflegter, also „büdogewichtster“ Schuh macht erst die vollendete Eleganz.
Was „büdogewicht“ sonst noch heißt, das erfährt der geschätzte Leser auch durch eine humoristische Anzeigenreihe des Büdogewerks Schwenningen a. A., der Herstellerin der bestens bekannten Büdogefabrikate.
Eine originelle Figur, der Büdogefriß, spricht und erzählt spaßhafte Dinge und Erlebnisse. Die Fortsetzungsinferrate sind von G. G. Robbe, dem aus der „Woche“ bekannten Zeichner, wirklich köstlich illustriert. Verfolgen Sie also die Inferrate und besorgen Sie auch den Rat von Büdogefriß — gehen Sie „büdogewicht“!

Stadtgemeinde Wildbad.

Wir haben zur sofortigen Lieferung zu vergeben:
20 cbm la. gestiebten Enzsand,
Korngröße 0—5 mm.
Angebote frei Lagerplatz Wildbad bis zum 10. Februar 1930, vormittags 11 Uhr, an
Stadtbauamt Wildbad
Winkler.

Wildbad im Schwarzwald.

Wir haben
60-70 Ztr. gut eingebrachtes Heu
zu verkaufen und erbitten schriftliche Angebote bis Samstag den 8. Februar.
Staatl. Badverwaltung.

Schönes Kuhfleisch
bei
Mezger Pfau.

Gewerbe- u. Handelsverein Wildbad.

Am Montag den 10. Februar 1930, abends 8 Uhr, findet im Hotel zum gold. Ochsen die diesjährige
General-Versammlung
statt. — Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Anträge.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.
Anträge sind bis Donnerstag den 6. Februar einzureichen.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.
Der Ausschuss.

Fußball-Verein Wildbad.

Am Samstag den 8. Februar 1930, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal „Alte Linde“ die ordentliche
General-Versammlung
statt. — Tagesordnung gemäß den Satzungen.
Anträge sind bis spätestens Mittwoch den 5. Februar beim Vorstand einzureichen.
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Der Ausschuss.

Raum
eventl. mit Remise
geeignet als Werkstätte für
Gewerbetreibenden
zu vermieten.
Zu erfragen bei 3 Beuerle.

Schreibmaschinen
nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Papierhandlung.

Turn-Verein Wildbad.

Am Samstag, den 8. Februar, findet im Hotel z. gold. Ochsen die
Monats-Versammlung
statt.
Beginn 8 Uhr.
Zu recht zahlreichen Besuch ladet ein. Der Turnrat.

Fische billiger!

Heute eingetroffen direkt von der See

Frischer **Rabeljau** und **Schellfisch** im ganzen Fisch 35 Pfa.

Rabeljau-Filet küchenfertig zubereitet Pfd. 55 Pfa.

Frisch gewässerte **Stoddfische** Pfd. 35 Pfa.

Frische **Büclinge** Pfd. 36 Pfa. 5 Pfund-Riste 1.70

Billige **Eier** 10 Stück 1.00 R.M. extrahewere 1.20 R.M. 10 Stück 1.20 R.M.

5% Rabatt

Pfannkuch

Heute abend 8 Uhr **Singstunde.**

LIEDERKRANZ

Arbeiter-Sport-Verein Wildbad.

Mittwoch abend 8 Uhr **Ausschuß-Sitzung** im Bahnhofshotel. Der Vorstand.

Mitesser

Bickel und Buxtel entstellen das schönste Gesicht. Ein wundervolles Mittel dagegen ist: **Cehafin-Teintwasser.** Es öffnet die Poren, desinfiziert und konserviert. Erhält. Stadt-Apotheke.

Waldhämmer und **Namenbrenneisen** billigst bei **L. Schwarz, Höfen.**

Tab nisa

Waldflora

Dr. Wundkapseln

Georg Rich. PFLUG & CO., Gera (Thür.)

Nr. 8 Magen- u. Darmleiden
Nr. 9 für Gicht, Rheuma, Krämpfe, Adrenwerkalkung, Ischias, offene Beine, Kopfschmerz, Energielosigkeit, Blatreinigung
Nr. 10 für Zuckerkrankheit
Nr. 11 für Nierenleiden
Nr. 12 für Lungenleiden
Nr. 13 für Gallensteine
Nr. 14 für Nervenerkrankungen
Nr. 15 für Stuhlregulierung
(Inhaltangabe auf jeder Packung)

In dieser Anzeige läßt sich wenig sagen, deshalb verlangen Sie kostenlos unsere illustrierte Broschüre in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern.

Kein Tee zum Kochen!

Hier zu haben: Apotheke H. Stephan u. Eberharddrogerie K. Plappert.